

A3

Antrag

an das 93. Landesschülerparlament der berufsbildenden Schulen

Initiator*innen: LSP (dort beschlossen am: 10.02.2026)

Titel: **Gendergerechte Sprache ist Pflicht –
Unsichtbarkeit ist Gewalt**

Antragstext

1 Das Landesschüler*innenparlament fordert die verbindliche Einführung
2 gendergerechter Sprache in sämtlichen schulischen Kontexten, einschließlich
3 aller offiziellen Dokumente, Ordnungen, Formulare, Zeugnisse und
4 Veröffentlichungen.

5 Selbiges gilt für die gesetzlichen Vorgaben. Das Schulgesetz aber auch die
6 Verordnungen des Ministeriums werden in gendergerechte Sprache umgeschrieben.

7 Diese Forderung basiert auf gesicherten sprachwissenschaftlichen Erkenntnissen,
8 wonach Sprache Wahrnehmung, Rollenbilder und soziale Realität prägt. Zahlreiche
9 Studien belegen, dass das generische Maskulinum andere Geschlechter systematisch
10 unsichtbar macht und stereotype Vorstellungen verstärkt.

11 Schulen haben den Auftrag, Gleichberechtigung nicht nur zu lehren, sondern zu
12 leben. Wer sich weigert. Schüler*innen sprachlich sichtbar zu machen,
13 entscheidet sich aktiv gegen Inklusion. Die Ablehnung gendergerechter Sprache
14 ist kein sachlicher Einwand, sondern ein politisches Statement zugunsten
15 bestehender Machtverhältnisse.

16 Gleichberechtigung ist keine Meinungsfrage. Sie ist Bildungsauftrag.